Kultur soll Zentralpunkt städtischer Politik werden – Forderung der Dezernenten nach NRW-Projekt „Kultur 90″

geschrieben von Bernd Berke | 15. Oktober 1988
Von Bernd Berke

Im Westen. Wenn 31 Städte drei Jahre lang den „kulturellen Ernstfall“ geprobt haben, ist allemal viel Text fällig: Das jetzt erschienene „Handbuch Kultur 90″, hervorgegangen aus der Praxis der Projektreihe „Kultur 90″, umfaßt 390 Seiten im Großformat. Am heutigen Samstag wird der voluminöse Band als Arbeitsgrundlage dienen, wenn die Kulturdezernenten der beteiligten NRW-Städte im mit 1200 Mensehen vollbesetzten Essener Aalto-Bau Bilanz ziehen. Prominentester Gast: NRW-Ministerpräsident Rau.

Jede Stadt hat bei „Kultur 90″ seit 1985 mit vielen Einzelveranstaltungen ihr Spezialgebiet „beackert“. So widmeten sich die Dortmunder dem „Spannungsfeld Kultur und Alltag“, Schwerte zog Linien zwischen „Kultur und Frieden“, Hagen zwischen „Kultur und Sport“, Siegen legte den Schwerpunkt auf „Kultur und freies Theater“, Bergkamen lotete Beziehungen zwischen „Kultur und Alter“ aus, Unna wählte das Thema „Kultur und Kleinstadt“.

Die Kulturdezernenten hoffen, daß ihr unter Anleitung des Wuppertaler Sekretariats für gemeinsame Kulturarbeit entstandenes Bilanzbuch eine Pflichtlektüre in den Rathäusein wird. Ihr Ziel: Kultur soll zur Leitschnur aller kommunalpolitischen Entscheidungen werden. Dr. Karl Richter vom Wuppertaler Sekretariat: „Zur Zeit stehen eindeutig wirtschaftliche Belange im Vordergrund“. Angesichts der – im

Gefolge neuer Technologien – drohenden „Freizeit-Katastrophe“ (Wie kann wachsende Freizeit sinnvoll gefüllt werden?) dürfe dem Kommerz nicht das Feld überlassen werden. Ein um politisehe, ökologische und soziale Aspekte erweiterter, ganzheitlicher Kulturbegriff (Richter: „Kultur bedeutet: Wie wir leben!“) müsse daher ethisch-moralischer, aber auch finanzieller Fixpunkt kommunaler Politik werden.

Damit dieser Ruf nicht verhallt, haben die Kulturdezernenten – parallel zu ihrem Abschlußbericht – eine Resolution verfaßt, inklusive Präambel eine Art „Grundgesetz der Kulturarbeit“ in den Städten. Kernpunkte der zehn Forderungen: Kultur als Pflichtaufgabe der Gemeinden („Bürgerrecht Kultur“), Aufstockung der Kulturetats auf 10 Prozent der städtischen Haushalte (das liefe bei den meisten Kommunen etwa auf eine Verdoppelung hinaus; als leuchtendes Vorbild wurde Frankfurt genannt); höher honorierte, bessere und qualifiziertere Besetzung der Kulturausschüsse und Kulturverwaltungen.

Bei einem Treffen der Kulturdezementen gestern im Essener Rathaus, stellte Essens Oberbürgermeister Reuschenbach gleich klar, daß er diese Forderungen derzeit für „utopisch“ halte. Das wollten die Dezernenten, die sich „im Vorfeld der Möglichkeiten“ wähnen und jede Menge „Handlungsbedarf“ sehen, natürlich so nicht gelten lassen.

Essens Kulturdezernent Godde: Viele der Resolutions-Forderungen seien „Selbstverständlichkeiten“. Auch schwebe man nicht im luftleeren Raum, sondern beziehe sich auf die Praxis von „Kultur 90″. In der Projektphase, so räumten die Kulturdezernenten ein, seien neben Zukunfts-Perspektiven auch Defizite deutlich geworden: Mitunter blockierten starre Verwaltungsstrukturen die Kulturarheit, manche Einzelprojekte bei „Kultur 90″ seien daher auch so gut wie gescheitert.

Kultur soll die Städte retten – 28 NRW-Kommunen starteten Kampagne „Kultur 90″ mit Expertenanhörung

geschrieben von Bernd Berke | 15. Oktober 1988
Von Bernd Berke

Essen. Die 90er Jahre könnten, wenn nicht rechtzeitig und entschlossen gegengesteuert wird, unerquicklich werden: Immer mehr Technik, immer mehr Umweltgifte, immer mehr Fernsehkanäle – und immer weniger Arbeitsplätze.

Vor diesem düsteren Szenario wollen sich unter anderem jene 28 NRW-Städte zwischen Aachen und Bielefeld retten, die sich gestern bei einem Hearing (Anhörung) auf dem Essener Messegelände von Experten – mehrheitlich Professoren verschiedenster Fachrichtungen – den Ist-Zustand erläutern und Zukunftsperspektiven abstecken ließen.

Die erhofften Retterinnen“ vor den kommenden Übeln sinnentleerter Freizeit und bedenkenlosen Konsums heißen „Kultur“ und „Kreativität“. So firmierte das gestrige Hearing denn auch unter dem Motto „Kultur 90″. Es war der Auftakt zu einer Vielzahl von Veranstaltungen und Aktionen in den beteiligten Städten, von denen man sich eine Beispielsammlung für künftige Kulturarbeit erhofft. 1987 sollen die Ergebnisse der Kultur-Kampagne bei einer weiteren Anhörung in Essen ausgewertet werden.

Die in ihrem Umfang wohl beispiellose (wenn auch bislang zwangsläufig wenig konkretisierte) Unternehmung, die vom in

Wuppertal ansässigen Kultursekretariat koordiniert wird, fährt sozusagen zweigleisig: Einerseits soll mit wissenschaftlicher Rückendeckung den kommunalen Entscheidungsträgern die Dringlichkeit höherer Kulturetats vor Augen geführt werden (zum Vergleich: in Frankfurt sind derzeit rund 11 Prozent des Stadtsäckels für Kultur bestimmt, im Revier zwischen 2,8 und 4,6 Prozent).

Neben der finanziellen Ausweitung des Sektors soll überhaupt der ganze Kulturbegriff erweitert werden: Nicht nur „Repräsentations“- und „Alternativ“-Kultur spielen da eine Rolle, sondern es sollen z. B. auch kulturträchtige Aspekte von Umwelt, Spiel, Sport und Gesundheit ebenso einbezogen werden wie Medien, Technik, Wirtschaft(sförderung), Mäzenatentum und Vereinswesen.

Die einzelnen Themen (Muster: „Kultur & Technik“, „Kultur & Jugend“ usw.) wurden mittlerweile auf die Städte verteilt, deren Kulturämter bei der Auswahl mitwir,kten. BeispieIe: In Dortmund soll man sich vorrangig ums Generalthema „Kultur & Alltag“ kümmern, Unna zeichnet für „Kultur & Kleinstadt“ verantwortlich, Hagen widmet sich dem Bereich „Kultur & Spiel, Sport“, Siegen hat sich „Kultur & Freie Gruppen“ ausgesucht, Witten erkundet Zusammenhänge zwischen „Kultur & Gesundheit“, in Köln sollen Wechselwirkungen zwischen „Kultur & Geld“ dingfest gemacht werden, Bochum sondiert unterdessen das verwandte Thema „Kultur & Wirtschaft“.

Einstweilen liegen nur grobe Leitlinien, aber keine detaillierten Pläne für einzelne Veranstaltungen vor, die diesen Erkundungen dienlich sein sollen. Auch die Finanzierung des Großprojekts ist noch nicht ganz geklärt. Ratsentscheidungen in den einzelnen Städten sind abzuwarten. Das Wuppertaler Kultursekretariat wird gewiß sein Scherflein beisteuern, außerdem will man bei bestimmten Themen die einschlägigen Landesministerien ansprechen.

Ein Kraftakt also, von dem man allerdings nur in Umrissen

weiß, wie er sich entwickelt. Dr. Karl Richter, Leiter des Kultursekretariats, bemühte denn auch den Begriff der „Utopie“: Man befinde sich nun „im Vorfeld der Möglichkeiten“. Schon jetzt aber müßten die Kommunen begreifen, daß die Kultur „ins Zentrum der Politik rücken“ müsse.